



Presseschau vom 02.11.2022

Quellen: RT, Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass* in Rot und *ukrainische Quellen* in Blau gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krone-Schmalz: Geheimdiplomatie und gesichtswahrende Lösungen nötig

Die Journalistin Gabriele Krone-Schmalz sprach sich in Köln vor großem Publikum gegen weitere Waffenlieferungen und für schnellstmögliche Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine aus. Es handele sich um einen Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland. ...

<https://kurz.rt.com/3a35> bzw. [hier](#)

Pierre Lévy: "Einschränkung" – das Zauberwort, das europäischen Eliten den Kragen retten soll

In Frankreich fürchten die Eliten, wie auch anderswo in Europa, einen Winter der sozialen Unruhen. Da die Aufhebung der antirussischen Sanktionen für das europäische Establishment nicht in Frage kommt, setzt man auf Durchhalteparolen und darauf, dass die Europäer die ideologisch begründete Einschränkung der Lebensqualität hinnehmen. ...

<https://kurz.rt.com/39xs> bzw. [hier](#)

Bernd Murawski: Was Russland hätte besser machen können

Im Nachhinein ist man meist klüger. Dies gilt für den Kreml, aber noch mehr für Brüssel und Berlin. Offensichtlich wurden das Potenzial und die Bereitschaft der US-Führung zur Eindämmung Russlands unterschätzt. Manche Fehler sind allerdings "hausgemacht". Eine vierteiligen Serie. ...

Teil 1 - **Wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen:** <https://kurz.rt.com/39ns> bzw. [hier](#)

Teil 2 - **Enttäuschtes Vertrauen:** <https://kurz.rt.com/39nv> bzw. [hier](#)

Teil 3.- **Fragwürdige Werteorientierung:** <https://kurz.rt.com/39ny> bzw. [hier](#)

Teil 4 - **Aktuelle Fehleinschätzungen:** <https://kurz.rt.com/39o1> bzw. [hier](#)

de.rt.com: US-Militärexperte im Interview: Weißes Haus plant militärische Intervention in der Ukraine

In diesem bemerkenswerten Interview warnt ein US-Kriegsheld und pensionierter Oberst der US Army, dass es in Washington "ernsthafte Pläne für den Einsatz von US-Streitkräften in der Ukraine gibt". Das hält er für "sehr gefährlich", weil er befürchtet, dass es dadurch zum Einsatz von taktischen US-Atomwaffen gegen Russland kommen könnte. ...

<https://kurz.rt.com/3a65> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Deutsche Arroganz – Baerbock gibt in Zentralasien den Besserwessi

Die deutsche Außenministerin besucht Zentralasien. Sie möchte Kasachstan und Usbekistan aus der russischen und chinesischen Einflussphäre lösen. Außer westliche Arroganz und Belehrung hat sie allerdings nichts zu bieten. Der Besuch ist ein Flop. ...

<https://kurz.rt.com/3a75> bzw. [hier](#)

Geworg Mirsajan: Was bezweckt Kiew mit einer schmutzigen Bombe?

Die Ukraine bastelt an einer "schmutzigen Bombe" und will sie auf ihrem Territorium einsetzen. Darüber berichtete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf ihre Quellen. ...

<https://kurz.rt.com/3a3s> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Corona, Russland, China – Deutschlands gleichgeschaltete Narrative

Nach Corona und dem Russland-Narrativ wird auch das China-Narrativ in Deutschland gleichgeschaltet. Widerstand durch deutsche Medien ist nicht zu erwarten. Sie haben sich in ihrer Rolle als verlängerter Arm der Regierung längst eingerichtet. ...

<https://kurz.rt.com/3a7u> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:51 de.rt.com: Ukraine: 40 Prozent der Energie-Infrastruktur beschädigt

Etwa 40 Prozent der ukrainischen Energie-Infrastruktur sind ernsthaft beschädigt. Dies erklärte Präsident Wladimir Selenskij bei einem Treffen mit der EU-Energiekommissarin Kadri Simson in Kiew.

Selenskij äußerte ferner die Hoffnung auf die Hilfe der EU bei der Wiederherstellung des ukrainischen Energienetzes. Die EU-Kommission solle dabei eine koordinierende Rolle spielen. Er erinnerte an die Ukraine-Kontaktgruppe, das sogenannte Ramstein-Format, in dem die Unterstützerländer ihre Rüstungshilfe koordinieren. Für Wirtschaft und Energie sollte es ebenfalls ein "Ramstein" geben, sagte er nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur. Russland hatte seine Angriffe auf die ukrainische Energie-Infrastruktur am 10. Oktober begonnen. Wie der Präsident Wladimir Putin erklärte, handelt es sich dabei um Reaktionen auf den von Kiew organisierten Terroranschlag auf die Krimbrücke.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63616591b480cc79bd3b127c.jpg>

Stromausfall in Kiew am 31. Oktober

19:51 de.rt.com: Wie die US-Regierung soziale Medien zensiert – und Facebook & Co. dabei mitmachen

In einem detaillierten Bericht zeigt die US-Nachrichten-Webseite "The Intercept" wie die US-Regierung in Zusammenarbeit mit den privaten Social Media-Unternehmen wie u. a.

Facebook und Twitter Einfluss auf Inhalte nimmt – und so den Diskurs bestimmen will. Die US-Regierung arbeitet Hand in Hand mit den privaten Social Media-Plattformen zusammen, wenn es darum geht, sogenannte "Desinformation" zu zensieren. Zu diesem Ergebnis kommt eine Recherche der US-Nachrichten-Webseite The Intercept vom Montag. Die Webseite beruft sich in ihrem Bericht auf interne Dokumente des US-Ministeriums für Heimatschutz (DHS), die geleakt wurden, aber auch offizielle Anfragen nach öffentlichen Unterlagen.

Laut dem Bericht plant das DHS auch in Zukunft bestimmte Meinungen über die Corona-Krise, Rassismus und die Unterstützung der USA für die Ukraine im Konflikt mit Russland zu zensieren. Die beiden Journalisten Lee Fang und Ken Klippenstein, die sich für den Artikel verantwortlich zeichnen, schreiben in ihrem Bericht:

"Hinter verschlossenen Türen und durch Druck auf private Plattformen hat die US-Regierung ihre Macht genutzt, um zu versuchen, den Online-Diskurs zu beeinflussen."

Eine ihrer wichtigsten Enthüllungen ist, dass sich die Tech-Unternehmen – darunter Twitter, Facebook, Reddit, Discord, Wikipedia, Microsoft und LinkedIn – vor und nach der Wahl 2020 jeden Monat mit dem FBI und anderen Regierungsbehörden getroffen haben sollen. Facebook habe sogar ein spezielles Portal für "Takedowns", also Beiträge die gelöscht werden sollen, eingerichtet, für dessen Zugang eine E-Mail der Strafverfolgungsbehörden erforderlich sei. Die Zusammenarbeit soll auch in E-Mails zwischen Beamten des US-Heimatschutzministeriums, Twitter und der Nichtregierungsorganisation Center for Internet Security beschrieben sein. Aus Sitzungsprotokollen soll hervorgehen, dass die US-Regierung die Tech-Plattformen aufforderte, "Berichte zu bearbeiten und zeitnah zu beantworten, einschließlich der Entfernung der gemeldeten Fehlinformationen von der Plattform, wo dies möglich ist".

Viele der Dokumente sind aufgrund der Klage des Generalstaatsanwalts von Missouri, Eric Schmitt, einem Republikaner, der derzeit für den US-Senat kandidiert, an die Öffentlichkeit gelangt. Darunter war auch die Enthüllung, dass zwei FBI-Beamte in die Kommunikation mit Facebook eingebunden waren, um die Hunter-Biden-Laptop-Geschichte zu unterdrücken. Bei den beiden Beamten soll es sich um Laura Dehmloew, die Abteilungsleiterin der FBI-Taskforce für ausländische Einflussnahme (FITF), und Elvis Chan, einen Special Agent in der Außenstelle San Francisco, handeln.

Keine Berührungsgängste mit Regierungsstellen

Die im Oktober 2020 veröffentlichte Geschichte über Hunter Biden, die den Tatsachen entsprach, wurde von seinem Vater Joe Biden und den meisten Mainstreammedien als "russische Desinformation" bezeichnet, und der Bericht, der in der New York Post erschien, wurde sowohl auf Facebook als auch auf Twitter unterdrückt. Ein Dokument vom März soll zeigen, wie Dehmloew den Twitter-Führungskräften erklärt, dass subversive Informationen in den sozialen Medien die Unterstützung für die US-Regierung untergraben könnten. Die FITF, die 2019 als Reaktion auf die Behauptungen der Demokraten gegründet wurde, dass Donald Trump 2016 durch "russischen Einfluss" in den sozialen Medien gewählt wurde, soll später den Auftrag bekommen haben, ihren Aufgabenbereich auch auf "Desinformationsanalysen" über die Corona-Krise auszuweiten.

Ein Entwurf der Quadrennial Homeland Security Review – ein Strategiedokument, das The Intercept zugespielt wurde – soll zeigen, dass das DHS auch weiterhin beabsichtigt, "ungenauere Informationen" zu Themen wie "die Ursprünge der [Covid]-19-Pandemie und die Wirksamkeit von [Covid]-19-Impfstoffen, Rassismus, den Rückzug der USA aus Afghanistan und die Art der US-Unterstützung für die Ukraine zu bekämpfen."

Jen Easterly, die von Biden nominierte Leiterin der DHS-Agentur für Cybersicherheit und Infrastruktursicherheit (CISA), soll einem Microsoft-Mitarbeiter im Februar eine SMS geschrieben haben, in der sie erklärte, sie versuche, "uns in eine Position zu bringen, in der die Fed [das FBI, Anm. d. Red] mit Plattformen zusammenarbeiten kann, um falsche Trends

besser zu verstehen, sodass relevante Agenturen versuchen können, sie so gut wie möglich zu entlarven".

Auf einer Konferenz im November 2021 erklärte Easterly, dass "die kritischste Infrastruktur unsere kognitive Infrastruktur ist, sodass der Aufbau dieser Widerstandsfähigkeit gegen Fehlinformation und Desinformation meiner Meinung nach unglaublich wichtig ist".

Aus den Protokollen der CISA-Sitzung soll auch hervorgehen, dass der Direktor der Election Security Initiative, Geoff Hale, darauf drängt, Drittanbieter-Non-Profit-Organisationen als "Clearingstelle für vertrauenswürdige Informationen zu nutzen, um den Anschein von Regierungspropaganda zu vermeiden".

Die Biden-Administration hat versucht, Schmitts Klage als nicht stichhaltig abzuweisen und argumentiert, dass die sozialen Medien die Beiträge freiwillig und ohne jeglichen "zwanghaften" Einfluss der Regierung entfernt haben – was nach dem Ersten Verfassungszusatz verboten wäre.

"Wenn eine ausländische autoritäre Regierung diese Nachrichten senden würde, würden wir das zweifellos als Zensur bezeichnen", sagte Nadine Strossen, ehemalige Präsidentin der American Civil Liberties Union (ACLU), gegenüber The Intercept.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360e81d48fbef0536356ca2.jpg>

21:44 de.rt.com: **Russland reagiert auf Kiews "Heuchelei" bezüglich des Kernkraftwerks Saporoschje**

Die Ukraine wirft Russland vor, eine angebliche Umweltkatastrophe um das KKW Saporoschje verursacht zu haben. Wladimir Rogow, Mitglied des Verwaltungsrats des Gebiets Saporoschje, rügt wiederum Kiews "Heuchelei" und weist auf die andauernde ukrainische Beschießung der Anlage hin.

Das Mitglied des Verwaltungsrats des Gebiets Saporoschje Wladimir Rogow hat die Anschuldigungen Kiews, Moskau sei für eine angebliche Umweltkatastrophe um das Kernkraftwerk Saporoschje verantwortlich, scharf kritisiert. Rogow zufolge klingen solche Vorwürfe "heuchlerisch", da die Ukraine die Anlage ständig im Visier habe:

"Das ist die größte Heuchelei, die es gibt, die keine Grenzen kennt."

Rogow, der gleichzeitig als Vorsitzender der Bewegung "Wir sind mit Russland zusammen" agiert, argumentierte, dass die fast täglichen ukrainischen Angriffe des Gebiets das Leben und die Sicherheit der Menschen bedrohten. Wegen des ukrainischen Beschusses seien Energieblöcke abgeschaltet worden. Rogow hob hervor:

"Aber sie schweigen darüber, während sie sich um die Fische sorgen."

Zuvor hatte das ukrainische Unternehmen Energoatom auf seinem Telegramm-Kanal die russische Seite einer Umweltkatastrophe beschuldigt. Insbesondere fließt nach ihren Angaben aufgrund der Abschaltung der Energieblöcke kein warmes Wasser in den Kühlteich des Kernkraftwerks Saporoschje. Dies habe wiederum zu einem Temperaturabfall in diesem Teich geführt, was ein Massensterben von Fischen verursacht habe, die zur Gewährleistung der

Umweltsauberkeit dorthin gebracht worden seien, hieß es.

Das Kernkraftwerk Saporoschje befindet sich am linken Ufer des Dnepr in der Nähe von der Stadt Energodar. Gemessen an der Anzahl der Blöcke und der installierten Leistung ist es das größte Kernkraftwerk in Europa. Die Anlage steht seit März unter der Kontrolle des russischen Militärs. Das russische Außenministerium betonte, dass es völlig gerechtfertigt sei, das Kraftwerk unter Schutz der russischen Streitkräfte zu stellen, um das Entweichen von radioaktiven Stoffen aus der Anlage zu verhindern.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums beschießt das ukrainische Militär weiterhin regelmäßig Energodar, die umliegenden Dörfer und das Gebiet des an die Stadt angrenzenden Kernkraftwerks. Russland warnte die internationale Gemeinschaft davor, dass diese Angriffe zu einer nuklearen Katastrophe führen könnten. Kiew weist die Anschuldigungen zurück und macht stattdessen Russland für den Beschuss verantwortlich.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/636147c5b480cc717a56666f.jpg>

Ein russischer Soldat auf dem Territorium des Kernkraftwerks Saporoschje in Energodar

22:12 de.rt.com: **Wladimir Putin nennt zwei Voraussetzungen für Russlands Rückkehr zum Getreideabkommen**

Wladimir Putin gab in einem Gespräch mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan zwei Bedingungen für die Rückkehr Russlands zum Getreideabkommen bekannt. Nach dem ukrainischen Angriff auf den Hafen von Sewastopol hatte Russland den Getreidedeal ausgesetzt.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat mit dem Präsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan, anlässlich der russischen Aussetzung des Getreideabkommens mit der Ukraine telefoniert. Nach [Angaben](#) des Kreml-Pressedienstes habe Putin dabei zwei Voraussetzungen der Wiederaufnahme des Deals verkündet.

Erstens sei dafür eine Untersuchung des Angriffs ukrainischer Drohnen auf die Schiffe der Schwarzmeerflotte in Sewastopol erforderlich. Zweitens pochte die russische Seite darauf, dass Kiew den Getreidekorridor im Schwarzen Meer nicht für militärische Zwecke nutzt, hieß es. Putin unterstrich, die Ukraine habe "mit Unterstützung westlicher Experten" den Getreidekorridor verwendet, um die Infrastruktur und die Schiffe anzugreifen, die die Route gesichert hätten.

Auch der stellvertretende russische Außenminister Sergei Werschinin forderte bei dem Treffen mit dem türkischen Botschafter Mehmet Samsar in Moskau am 1. November Garantien von der Ukraine. Das russische Auswärtige Amt [berichtete](#) auf seiner Webseite, dass die "Schwarzmeer-Initiative" für die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus ukrainischen Häfen das Hauptthema der Gespräche gewesen sei.

Die Vereinbarungen der Schwarzmeer-Getreide-Initiative (Getreideabkommen) waren am 22. Juli in Istanbul von Russland und der Ukraine gesondert mit der Türkei und den Vereinten Nationen getroffen worden. Der Deal sieht die Öffnung der Häfen von Odessa für ukrainische

Getreideexporte und die Erleichterung der Versorgung des Weltmarktes mit Lebensmitteln und Düngemitteln aus Russland vor, gegen die wegen der Sonderoperation Sanktionen verhängt wurden. Im Gespräch mit Erdoğan sagte Putin, der zweite Teil der Vereinbarungen sei nicht umgesetzt worden.

Am 29. Oktober erklärte die russische Seite, dass sie ihre Beteiligung an dem Getreidegeschäft aussetze. Dies geschah, nachdem ukrainische Drohnen die Bucht von Sewastopol angegriffen hatten. Das Verteidigungsministerium präzisierte ferner, die betroffenen Schiffe seien an der Sicherung des Getreidekorridors beteiligt gewesen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/636160b6b480cc76e238ba02.jpg>

vormittags:

7:01 de.rt.com: **Ukrainische Medien berichten über Explosionen in den Gebieten Poltawa und Dnepropetrowsk**

Die ukrainische Nachrichten- und Analyse-Webseite Strana.ua hat über Explosionen in der Nähe von Kremenchuk, Gebiet Poltawa, sowie in Nikopol und Dnepropetrowsk im Gebiet Dnepropetrowsk berichtet.

Zuvor sei für diese Gebiete ein Luftalarm ausgerufen worden.

Witali Malezki, der Bürgermeister von Kremenchuk, erklärte auf Telegram, dass Luftabwehrkräfte in der Stadt operieren würden.

7:27 de.rt.com: **Kambodscha lädt Russland und Ukraine zu Friedensgesprächen ein**

Das Außenministerium von Kambodscha hat angeboten, eine Verhandlungsplattform für Gespräche zwischen Russland und der Ukraine bereitzustellen. Als diesjähriger Vorsitzstaat des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) wird das Königreich das 40. und 41. ASEAN-Gipfeltreffen in Phnom Penh abhalten. Nach Angaben der Zeitung [Khmer Times](#) wird der Ukraine-Konflikt eines der Hauptthemen des Treffens darstellen. Der Pressesprecher des kambodschanischen Außenministeriums, Chum Sounry, erklärte in diesem Zusammenhang gegenüber der Zeitung:

"Als Gastgeberland ist Kambodscha bereit, ein Treffen zwischen Russland und der Ukraine in Phnom Penh zu ermöglichen, sollten beide Seiten es wünschen. Bislang hat allerdings keine Seite die Organisation eines Treffens angefragt."

Laut weiteren Angaben von Sounry wird der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba am Gipfeltreffen teilnehmen, über eine Teilnahme der russischen Seite sei indessen nichts bekannt. Der Pressesprecher von Kambodschas Regierung, Phay Siphon, betonte die Neutralität seines Landes im Konflikt:

"Wir sind weder gegenüber Russland noch gegenüber der Ukraine voreingenommen."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63614fc948fbef78b166af67.jpg>

7:49 de.rt.com: **Ziviles Schiff im Gebiet Cherson von Unbekannten beschossen**

Unbekannte haben im Gebiet Cherson am linken Dnepr-Ufer ein ziviles Schiff mit Menschen an Bord beschossen. Es ist noch nicht klar, ob es Verletzte gibt. Das teilte ein Vertreter der Rettungsdienste am Mittwoch gegenüber RIA Nowosti mit. Das Schiff sei dazu genutzt worden, um Zivilisten ans linke Dnepr-Ufer zu bringen.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 02.11.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 1 Panzer;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 13 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Swatowo** unter Einsatz von Artilleriegeschützen des Kalibers 155mm **beschossen** und 5 Artilleriegeschosse abgefeuert.

Infolge des Beschlusses wurde eine Mitteldruckgasleitung beschädigt.

Außerdem gibt es zusätzliche Informationen, dass **am 31. Oktober** infolge des Artilleriebeschlusses des Bezirks Kremennaja in Krasnoretschenskoje **ein 10 Jahre alter Junge schwer verletzt** wurde.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 1. November haben sie mehr als 9 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Wischnjowoje und Stepowoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Freiwillige der Volksfront haben humanitäre Hilfe für die Soldaten des 2. Armeekorps der LVR an die Frontpositionen geliefert, darunter sind Heizgeräte und warme Kleidung.

Außerdem haben Freiwillige aus der RF moderne Metallsuchgeräte in eine der Einheiten der Volksmiliz geliefert, außerdem wurden individuelle Sanitärpackchen vom Personal einer Einheit der Langstreckenluftwaffe der Streitkräfte der RF geliefert.

8:10 de.rt.com: **UN kündigt Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs im Rahmen des Getreideabkommens an**

Amir Abdullah, der UN-Koordinator für die Schwarzmeer-Getreide-Initiative, hat angekündigt, dass der Verkehr von Getreideschiffen am Donnerstag wieder aufgenommen wird. Er schrieb auf Twitter:

"Die Getreide- und Lebensmittelexporte aus der Ukraine müssen fortgesetzt werden. Obwohl für den 2. November kein Schiffsverkehr im Rahmen der Schwarzmeer-Getreide-Initiative geplant ist, erwarten wir, dass am Donnerstag beladene Schiffe fahren werden."

Russlands Staatschef Wladimir Putin erörterte am Dienstag mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan die Aussichten auf die Fortsetzung des Getreideabkommens. Dem russischen Präsidenten zufolge ist Moskau erst dann bereit, die Wiederaufnahme der Gespräche in Erwägung zu ziehen, wenn Kiew echte Garantien gibt, den humanitären Korridor nicht für militärische Zwecke zu nutzen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6361fe9648fbef7f3c16f549.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 2.11.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **210 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Himars“ sowie Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 2 Zivilisten und 2 wurden verletzt**. 5 Häuser und 5 zivile Infrastruktureobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Artilleriegeschütz (2S1 „Gwosdika“), 1 Panzer (T-64BM), 6 Stück Panzer- und Fahrzeugtechnik, 4 Drohnen des Gegners wurde in der Luft abgeschossen.

Die Verluste an Personal des Gegners betrugen 40 Mann.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

8:36 de.rt.com: **Mehr als 4,7 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine und dem Donbass in Russland**

Die Zahl der Flüchtlinge, die seit Februar aus der Ukraine und dem Donbass nach Russland gekommen sind, hat 4,7 Millionen überschritten. Unter ihnen seien fast 705.000 Kinder. Dies teilten russische Sicherheitsbehörden der Nachrichtenagentur [TASS](#) mit.

8:53 de.rt.com: **DVR-Chef berichtet über kleine Erfolge bei Donezk**

Der amtierende Chef der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin hat mitgeteilt, dass die verbündeten Streitkräfte in fast alle Richtungen vorrücken, insbesondere in Marinka bei Donezk.

Er fügte hinzu, dass die Kämpfe um Pawlowka weitergehen und auch Kämpfe bei Newelskoje, Opytnoje und Perwomaiskoje stattfinden.

Nach Angaben von Puschilin bleibe eine der schwierigsten Situationen der Frontabschnitt bei Krasny Liman.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63620d7948fbef7fa752ac5d.jpg>

Russische Soldaten im Gebiet Charkow

8:54 de.rt.com: **Bericht: Deutschland fordert Serbien auf, sich zwischen Russland und der EU zu entscheiden**

Offenbar gibt es in der EU noch nicht genug Probleme. Berlin steigert den Druck auf Serbien. Belgrad werde mit "Konsequenzen" rechnen müssen, wenn es weiter mit Moskau zusammenarbeiten sollte, so ein deutscher Vertreter gegenüber "Reuters".

Serbien müsse sich entscheiden, ob es sich mit Russland oder der EU verbünden wolle, sagte ein deutscher Beamter am Dienstag gegenüber der Nachrichtenagentur [Reuters](#). Während Berlin Belgrad davor gewarnt hat, nach Osten zu schauen, bleibt die Regierung des Landes skeptisch gegenüber Brüssel und dem Westen.

"Die Notwendigkeit einer Entscheidung spitzt sich angesichts der geopolitischen Entwicklungen zu",

sagte der namentlich nicht genannte deutsche Vertreter gegenüber Reportern. Der Beamte bezog sich dabei insbesondere auf den Konflikt in der Ukraine, dessentwegen Serbien sich weigert, Russland zu sanktionieren. Darüber hinaus unterzeichneten Belgrad und Moskau im September ein Abkommen über die Ausweitung der Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen.

Erpressung

Die Angleichung an die Brüsseler Haltung in globalen Angelegenheiten ist eine Voraussetzung für den Beitritt zur Europäischen Union. Serbien ist seit 2009 ein Kandidat für

die Mitgliedschaft. Sollte der serbische Präsident Aleksandar Vučić sein Abkommen mit Moskau aufkündigen und sich der EU zuwenden, werde Deutschland seine Unterstützung anbieten, sagte der Vertreter gegenüber Reuters.

"Sollte er sich für den umgekehrten Weg entscheiden, wird dies umgekehrte Konsequenzen haben",

erklärte der Beamte.

Delegationen aus fünf Balkanländern – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien – sowie der teilweise anerkannten Provinz Kosovo werden sich Ende dieser Woche in Berlin treffen.

Bedeutung des Kosovo für Serbien

Im Oktober erklärte Vučić, Deutschland und Frankreich hätten angeboten, "Serbiens Weg zur EU-Mitgliedschaft zu beschleunigen", wenn es die Unabhängigkeit des Kosovo anerkenne.

"Sie denken, dass damit eine innereuropäische Frage gelöst wird... [aber] Serbien wird die Mitgliedschaft des Kosovo in der UNO weder aus verfassungsrechtlichen noch aus anderen Gründen akzeptieren",

betonte der Präsident in einer im Fernsehen übertragenen Ansprache an die Nation.

"Die Frage ist nicht, ob wir der EU beitreten wollen, sondern ob die EU Serbien will", erklärte Innenminister Aleksandar Vulin im Oktober gegenüber dem Nachrichtenportal Novosti.

"Ich glaube, dass die Freundschaft mit Russland von größter Bedeutung ist und dass wir ohne sie das physische Verschwinden Serbiens riskieren",

fügte der Minister hinzu.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/636193cd48fbef7fa752ac54.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein serbischer Amtskollege Aleksandar Vucic in Sotschi, 25. November 2021

9:07 de.rt.com: Krim: Strafverfolgungsbehörden verhindern ukrainischen Sabotageangriff auf Energieinfrastrukturanlage

Nach Angaben des Zentralen Exekutivbüros des Föderalen Sicherheitsdienstes Russlands (FSB) haben die Strafverfolgungsbehörden einen Sabotageakt ukrainischer Spezialdienste an einer Energieinfrastrukturanlage auf der der russischen Halbinsel Krim verhindert. Ein vom ukrainischen Geheimdienst SBU rekrutierter ukrainischer Staatsbürger, Jahrgang 1978, sei festgenommen worden.

In seinem Besitz seien drei hochexplosive Sprengsätze, Anleitungen zu deren Verwendung und ein Plan von Hochspannungsmasten in einem der Krimbezirke sichergestellt worden.

9:44 de.rt.com: Großbritannien gibt Beteiligung an Cyber-Programm für Ukraine zu

Wie es der Zufall will, hat Großbritannien ein millionenschweres Paket auf den Weg gebracht, um mutmaßliche russische Hacking-Versuche abzuwehren, und zwar beinahe buchstäblich nur Minuten nach Beginn der russischen Militäroperation im Februar 2022.

Die britische Regierung hat am Dienstag enthüllt, dass ihre Cybersicherheitsexperten der Ukraine fast unmittelbar nach Beginn der Moskauer Militäroperation Ende Februar heimlich bei der Abwehr angeblicher russischer Hackerangriffe geholfen haben.

Millionenschweres Programm

Um die Ukraine zu schützen, mobilisierte Großbritannien zunächst ein bisher nicht bekannt gegebenes Unterstützungspaket in Höhe von 6,35 Millionen Pfund (etwa 7,38 Millionen Euro), um die kritische nationale Infrastruktur Kiews vor Cyberangriffen zu schützen, so der britische Außenminister James Cleverly. Die Maßnahmen wurden im Rahmen des britischen Cyberprogramms für die Ukraine durchgeführt.

Nach Angaben der Times wurden im Rahmen des Programms, das vom Außenministerium mit Unterstützung des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit (NCSC) durchgeführt wird, britische Spezialisten eingesetzt, um die Ukraine "innerhalb von 35 Minuten nach dem Überschreiten der Grenze durch russische Truppen" zu schützen.

Die Spezialisten leisteten ukrainischen staatlichen Stellen "Unterstützung bei der Reaktion auf Zwischenfälle", schützten sie vor "zerstörerischen Cyberangriffen" und hinderten – wie es heißt: böswillige – Akteure daran, an wichtige Informationen zu gelangen, so die Regierung. Außerdem stärkten sie die Widerstandsfähigkeit der ukrainischen digitalen Infrastruktur und versorgten Kiew mit "Frontline-Cybersicherheitshardware und -software".

Nach Angaben der britischen Regierung wurde das Programm bisher nicht öffentlich gemacht, um die "operative Sicherheit" zu schützen.

In einem Interview mit Sky News betonte Leo Docherty, ein Juniorminister des Außenministeriums, dass ohne die britische Hilfe der Schaden, den die mutmaßlichen russischen Hacker angerichtet hätten, "sehr groß" gewesen wäre, und fügte hinzu, dass das Vereinigte Königreich auch seine eigene Cyberabwehr verstärkt habe, da es eine "sehr große Cyberbedrohung" aus Moskau gebe.

Britischer Außenminister will Kreml besiegen

Außenminister Cleverly merkte an, dass sich die Unterstützung Großbritanniens für die Ukraine "nicht auf militärische Hilfe beschränkt" und versprach: "Wir werden dafür sorgen, dass der Kreml in allen Bereichen besiegt wird: zu Lande, in der Luft und im Cyberspace". Die britische Regierung behauptet, dass Russland seine offensiven Cyber-Aktivitäten gegen die Ukraine erheblich ausgeweitet hat, nachdem Ende Februar die Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern in vollem Umfang ausgebrochen waren. Moskau hat wiederholt Anschuldigungen zurückgewiesen, Cyberangriffe durchgeführt zu haben.

Im April hatten ukrainische Beamte zugegeben, dass Kiew selbst Hunderte solcher Angriffe gegen russische und weißrussische Unternehmen, Banken und Einrichtungen durchgeführt hat.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63616474b480cc765520c899.jpg>

9:58 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Einreiseverbot für Bürger westlicher Länder nach Russland ergibt keinen Sinn**

Moskau hält es für irrational, als Reaktion auf die Entscheidungen einiger westlicher Länder, Russen die Einreise zu verbieten, Spiegeleinschränkungen zu verhängen. Das verkündete der stellvertretende russische Außenminister Jewgeni Iwanow in einem Interview mit [RIA Nowosti](https://riaa.ru/). Mit Blick auf die Einreiseverbote für russische Touristen in Lettland, Litauen, Estland, Polen, Finnland und Tschechien erklärte er:

"Was mögliche Vergeltungsmaßnahmen der russischen Seite angeht, so gibt es unserer Meinung nach keine Gewinner im Spiel der Zerstörung internationaler Beziehungen." Die Verlierer, so der Diplomat, sind immer ganz normale Menschen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, die die Möglichkeit verlieren, ihre Verwandten zu sehen, sich medizinisch behandeln zu lassen oder zu studieren sowie an Veranstaltungen in den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Sport teilzunehmen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63620609b480cc49ac7ddeed.jpg>

10:02 de.rt.com: **Polizei: Kriminelle in Finnland beschaffen sich Waffen aus der Ukraine**

Schon in der Vergangenheit warnten Experten davor, dass Waffen, die eigentlich aus den westlichen Ländern in die Ukraine geliefert werden, ihren Weg zurück in den Westen finden könnten. Die Jugoslawien-Kriege wurden als Beispiel dafür angeführt. Nun kommt eine Warnung aus Finnland.

Kriminelle in Finnland seien in den Besitz einiger der Waffen gelangt, die von den westlichen Unterstützern der Ukraine im Zuge des Konflikts mit Russland geliefert worden sind, teilte Finnlands nationale Ermittlungsbehörde (NBI) mit. NBI-Kriminalkommissar Christer Ahlgren sagte am Sonntag gegenüber dem finnischen öffentlich-rechtlichen Sender Yle:

"Wir haben Hinweise darauf, dass diese Waffen bereits ihren Weg nach Finnland finden."

Unter den Waffen befänden sich auch Sturmgewehre, sagte Ahlgren. Er lehnte es jedoch ab, weitere Einzelheiten zu nennen, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien. Dem Ermittler zufolge wurden bereits Waffenschmuggelrouten von der Ukraine nach Finnland eingerichtet. Ahlgren erklärte:

"Drei der größten Motorradbanden der Welt – die Teil größerer internationaler Organisationen sind – sind in Finnland aktiv. Eine davon ist der Bandidos Motorcycle Club, der in jeder größeren ukrainischen Stadt eine Gruppe hat."

Die kriminellen Organisationen hätten "ihre Netzwerke in finnischen Handelshäfen", so Ahlgren weiter. Der NBI-Kriminalkommissar fügte hinzu, dass die für Flughafenpersonal vorgeschriebenen Sicherheitskontrollen nicht für Hafenarbeiter gelten. Finnland sei dabei nicht das einzige EU-Land mit solchen Problemen, denn "auch in Schweden, Dänemark und den Niederlanden wurden Waffen gefunden, die in die Ukraine geliefert wurden", betonte Ahlgren. Und weiter:

"Die Ukraine hat eine große Menge an Waffen erhalten, und das ist gut, aber wir werden jahrzehntelang mit diesen Waffen zu tun haben und auch den Preis dafür zahlen."

Bereits im Mai betonte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin die Notwendigkeit einer Kontrolle über die an die Ukraine gelieferten US-amerikanischen Waffen. Damals sagte Austin, er habe das Thema mit den Behörden in Kiew erörtert, die ihm die Einhaltung der Rechenschaftspflicht zugesichert hätten. Im Juni hatte auch die EU-Strafverfolgungsbehörde Europol davor gewarnt, dass der Ukraine-Konflikt zu einem Anstieg des Waffen- und Munitionsschmuggels in die EU führen könnte.

Etwa zur gleichen Zeit zeigte eine Recherche der russischen Redaktion von RT, dass verschiedene vom Westen an Kiew gelieferte [Waffen über das Darknet verkauft](#) wurden. Moskau kritisiert seit Langem Waffenlieferungen der USA, der EU, des Vereinigten Königreichs und einiger anderer Staaten an Kiew mit dem Argument, dass sie den Konflikt nur verlängern und das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der transatlantischen Militärallianz NATO erhöhen würden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360f6f348fbef7b7a1aa7dc.jpg>

Freiwillige einer Einheit nehmen im Oktober 2022 in der Nähe von Kiew an einer Waffenausbildung teil

10:32 de.rt.com: **Russland ist Indiens größter Öllieferant**

Russland ist im Oktober zum größten Öllieferanten Indiens aufgestiegen und hat damit die traditionellen Marktführer Saudi-Arabien und Irak überholt. Das teilten die Analysten des Branchenanalystenhauses Vortexa laut der Economic Times mit. Die Einfuhren aus Russland machten im vergangenen Monat 22 Prozent der gesamten indischen Rohölimporte aus. Auf den Irak entfielen im Oktober 20,5 und auf Saudi-Arabien 16 Prozent der Lieferungen. Gleichzeitig räumen die Analysten die Möglichkeit ein, dass Russlands Ölexporte nach Indien im Dezember aufgrund von Lieferengpässen, die sich aus der vom Westen vorgeschlagenen Preisobergrenze für russisches Rohöl ergeben, zurückgehen könnten.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636212c6b480cc430d559234.jpg>

11:04 de.rt.com: **Uns steht viel mehr zu – Russischer Militärhistoriker weist Polens Reparationsforderungen zurück**

Der wissenschaftliche Direktor der Russischen Militärhistorischen Gesellschaft, Michail Mjagkow, lehnt polnische Reparationsforderungen an Russland entschieden ab. Dem Historiker zufolge wären russische Gegenforderungen an Polen viel höher.

In einem Interview mit RIA Nowosti hat Michail Mjagkow, der wissenschaftliche Direktor der Russischen Militärhistorischen Gesellschaft, polnische Forderungen nach Reparationszahlungen im Zusammenhang mit den Handlungen der UdSSR während des Zweiten Weltkriegs kommentiert. Als Antwort darauf könnte Russland der polnischen Seite eine viel höhere Rechnung für "Verbrechen Polens in der Zeit zwischen 1920 und 1940" stellen, so der Historiker. Überdies seien die polnischen Forderungen rechtlich nicht haltbar. Weiter hieß es:

"Da Warschau jedoch einige Berechnungen anstellen will, sollten wir den möglichen Umfang theoretischer Gegenklagen gegen Polen prüfen. Und, glauben Sie mir, sie werden um ein Vielfaches größer sein."

Mjagkow erinnerte daran, dass während des "von Warschau ausgelösten polnisch-sowjetischen Krieges" bis zu 120.000 Soldaten der Roten Armee gefangen genommen worden seien. Der Wissenschaftler fügte hinzu:

"Und die Verluste durch Mord, Gewalt, Hunger und Krankheiten in den polnischen Konzentrationslagern beliefen sich nach verschiedenen Schätzungen auf bis zu 60.000 Menschen. Das heißt, es handelt sich um direkte Opfer der polnischen verbrecherischen Politik jener Jahre."

Der Historiker verwies auch auf die Besetzung Westweißrusslands und der Westukraine durch Polen von 1921 bis 1939. Michail Mjagkow zufolge hätten die Polen damals die örtlichen Bauern wie Sklaven behandelt. Tausende von Bewohnern dieser Gebiete seien in Konzentrationslagern gefoltert worden. Überdies brachte Mjagkow zum Ausdruck, es sei blasphemisch, die Zahl der Todesopfer in Geld zu messen:

"Aber da es in Warschau so weit gekommen ist, sollten sie sich daran erinnern, dass über 600.000 unserer Soldaten und Offiziere bei der Befreiung Polens (1944–1945; Anm. d. Red.) den Tod fanden."

In diesem Zusammenhang wies Mjagkow darauf hin, dass die polnische "Armia Krajowa" während der sowjetischen Befreiungsbemühungen Sabotageakte im Rücken der Roten Armee verübt habe. Und man dürfe auch nicht vergessen, dass das sowjetische Militär in Polen seine Vorräte zugunsten der örtlichen Bevölkerung verwendet habe, um die Menschen zu ernähren sowie Gebäude, Brücken und Straßen wiederherzustellen, betonte der Wissenschaftler. Zuvor hatte das polnische Außenministerium seine Absicht angekündigt, Reparationen für angebliche Schäden und Kriegsverluste im Zweiten Weltkrieg durch die UdSSR zu berechnen und von Russland einzufordern. Im September verabschiedete das polnische Unterhaus, der Sejm, eine Resolution über Kriegsreparationen von Deutschland für die Verluste im Zweiten Weltkrieg. Warschau schätzt die Kriegsschäden auf rund 1,3 Billionen Euro. Am 25. Oktober verschob das polnische Parlament die Behandlung dieser Resolution auf einen späteren Zeitpunkt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360fb2fb480cc2401578a2a.jpg>

Ein Friedhof in Milejczyce (Polen) für Soldaten der Roten Armee, die während der Befreiung Polens im Zweiten Weltkrieg gefallen sind. Der Friedhof wurde im September 2015 geschändet, im Jahr 2017 restauriert.

11:21 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsminister: Westen ignoriert demonstrativ Kiews Provokationen an AKW Saporoschje**

USA und EU "ignorieren demonstrativ die Elemente der nuklearen Erpressung" durch das Kiewer Regime, insbesondere die Provokationen gegen das Kernkraftwerk Saporoschje. Darauf wies der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu am Mittwoch vor einem gemeinsamen Gremium der russischen und weißrussischen Verteidigungsministerien hin. Moskau sei sich der Versuche Kiews bewusst, eine schmutzige Atombombe zu bauen, sowie der Bereitschaft, Atomwaffen der NATO-Länder auf seinem Gebiet einzusetzen. Außerdem erinnerte Schoigu daran, dass der ukrainische Präsident vor kurzem die westlichen Länder aufgefordert hatte, einen nuklearen Präventivschlag gegen Russland zu führen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63623b4248fbef077a2b89b3.jpg>

Sergei Schoigu

11:40 de.rt.com: **Verteidigungsministerium: Russland beteiligt sich wieder am Getreideabkommen**

Moskau steigt wieder in das ausgesetzte Abkommen zum Export von Getreide aus der Ukraine über das Schwarze Meer ein. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums habe die Ukraine zugesichert, den Getreidekorridor nicht für Kampfhandlungen zu nutzen. Russland kehrt zum Getreideabkommen zurück. Wie das russische Verteidigungsministerium am Mittwoch mitteilte, habe die Ukraine dank der Vermittlung der Türkei zugesichert, den Seekorridor nicht für Kampfhandlungen zu nutzen. "Die Russische Föderation hält die derzeit

erhaltenen Zusicherungen für ausreichend und nimmt die Umsetzung des Abkommens wieder auf", hieß es in einer Mitteilung des Ministeriums.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sagte in Ankara, dass der Export am Mittwochmittag wieder aufgenommen werde, berichtet Bloomberg. Er hatte sich bereits am Vortag mit Blick auf eine vollständige Wiederaufnahme des Getreideabkommens "zuversichtlich" gezeigt, hieß es in einer Mitteilung des türkischen Kommunikationsministeriums nach einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin.

Russland hatte am Samstag das unter Vermittlung der Türkei und der UN geschlossene Abkommen ausgesetzt. Moskau erklärte, dies aus Sicherheitsgründen getan zu haben, nachdem ukrainische Drohnen Schiffe der Schwarzmeerflotte in Sewastopol angegriffen hatten. Russland sprach in diesem Zusammenhang von Terroranschlägen. Russlands Verteidigungsministerium beschuldigte Kiew, die Route für Kriegshandlungen gegen Russland zu nutzen, und forderte die Ukraine zu zusätzlichen Verpflichtungen auf. Das ukrainische Außenministerium sagte, dass Russland das Abkommen unter einem ausgedachten Vorwand blockiere.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63625061b480cc41876514f0.jpg>

Ein mit Getreide beladenes Frachtschiff auf dem Marmarameer, 31. Oktober

11:51 de.rt.com: **Armenien und Aserbaidshan verpflichten sich, in Bergkarabach keine Gewalt anzuwenden**

Baku und Jerewan einigten sich unter russischer Vermittlung in Sotschi darauf, keine Gewalt anzuwenden und "alle Streitigkeiten ausschließlich auf der Grundlage der Anerkennung der gegenseitigen Souveränität beizulegen.

Nach Gesprächen unter russischer Vermittlung nahmen die beiden seit Jahrzehnten verfeindeten Kaukasus-Staaten Armenien und Aserbaidshan in einer gemeinsamen Erklärung Abstand von Gewalt im Streit um die Grenzregion Bergkarabach. Baku und Jerewan einigten sich am Montag in der russischen Schwarzmeerstadt Sotschi darauf, "keine Gewalt anzuwenden" und "alle Streitigkeiten ausschließlich auf der Grundlage der Anerkennung der gegenseitigen Souveränität und der territorialen Integrität beizulegen", hieß es in einer gemeinsamen Erklärung.

"Wir haben vereinbart auf die Anwendung von Gewalt oder die Androhung von Gewalt zu verzichten und alle problematischen Fragen ausschließlich auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der Grenzen zu erörtern und zu lösen", berichtete die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf eine gemeinsame Erklärung. Präsident Wladimir Putin hatte zunächst unter vier Augen mit dem armenischen

Premierminister Nikol Paschinjan gesprochen. Dabei unterstrich er, es sei "das Wichtigste, den Frieden zu sichern und Entwicklungsbedingungen zu schaffen". Der armenische Premierminister nannte als Prioritäten den aserbaidischen Rückzug aus von russischen Friedenstruppen kontrollierten Gebieten in Bergkarabach sowie die Freilassung von Kriegsgefangenen. Im anschließenden Gespräch mit Aserbaidischans Präsident Ilham Alijew hatte dieser betont, der Karabach-Konflikt sei "bereits Teil der Geschichte", und hinzugefügt, für ihn gebe es in diesem Zusammenhang "praktisch nichts mehr zu diskutieren". Der armenische Außenminister Ararat Mirsojan und sein aserbaidischer Amtskollege Jeyhun Bayramov "erörtern zudem eine breite Palette von Themen im Zusammenhang mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern", so das armenische Außenministerium in einer Erklärung am Montag.

Putin kündigte nach dem Treffen eine "Normalisierung" der Beziehungen zwischen beiden Ländern an. Aus "gemeinsamer Sicht" sei es "ein sehr nützliches Treffen" gewesen, das "eine sehr gute Atmosphäre für mögliche zukünftige Abkommen geschaffen" habe, sagte er vor Journalisten.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion gibt es immer wieder Konflikte um die Region Bergkarabach. Sechswöchige Kämpfe im Jahr 2020 mit mehr als 6.500 Toten waren durch ein von Russland vermitteltes Waffenstillstandsabkommen beendet worden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360f6ad48fbef0536356cbf.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin, der armenische Premierminister Nikol Paschinjan und der aserbaidische Präsident Ilham Alijew führen am 31. Oktober 2022 Gespräche in der Schwarzmeerstadt Sotschi

11:56 de.rt.com: **Pjöngjang führt Raketentest durch – Seoul antwortet mit eigenen Raketen**

Inmitten der zunehmenden Spannungen auf der koreanischen Halbinsel hat Nordkorea mehrere Raketen als Reaktion auf gemeinsame Militärmanöver Südkoreas und der USA durchgeführt. Südkoreas Militär antwortet darauf mit eigenen Raketen aus Kampffjets. Nordkorea hat zum ersten Mal in der Geschichte der geteilten Halbinsel eine Rakete über die Seegrenze zu Südkorea abgeschossen. Insgesamt soll Nordkorea mehr als zehn Raketen unterschiedlichen Typs von der West- und Ostküste abgefeuert haben. Dies teilte das südkoreanische Militär am Mittwoch mit. Als Reaktion auf die Raketentests Nordkoreas feuerte Südkoreas Militär eigene Raketen aus Kampffjets ab. Drei Luft-Boden-Raketen seien ins offene Meer nördlich der Seegrenze zwischen den beiden Ländern abgefeuert worden, teilte der südkoreanische Generalstab mit.

Nach Angaben des Generalstabs habe eine der nordkoreanischen Raketen im Flug die Seegrenze vor der Ostküste der koreanischen Halbinsel überquert und sei nahe der Territorialgewässer Südkoreas ins Wasser gefallen. Auf der südkoreanischen Insel Ulleung sei zudem Luftalarm ausgelöst worden. Bei den Waffen habe es sich um ballistische Raketen gehandelt.

Die britische Tageszeitung [The Guardian](#) berichtete dabei unter Berufung auf die japanische Küstenwache, dass mindestens eine der Raketen 26 Kilometer südlich der nördlichen Grenzlinie gelandet sei, eine weitere Rakete 57 Kilometer von der südkoreanischen Stadt Sokcho und eine weitere 167 Kilometer von Ulleung entfernt.

UN-Resolutionen verbieten Nordkorea die Erprobung ballistischer Raketen. Diese können je nach Bauart Atomsprengköpfe tragen. Die jüngsten Raketentests Nordkoreas erfolgten inmitten erhöhter Spannungen in der Region und wurden in Südkorea als Reaktion auf ein laufendes Luftwaffenmanöver der südkoreanischen und US-amerikanischen Streitkräfte gesehen. Am Montag hatten Südkorea und die USA die gemeinsame Übung "Vigilant Storm" begonnen, an denen mehr als 240 Kampflugzeuge beteiligt waren. Umgehend forderte Pjöngjang Washington und Seoul auf, diese Militärübungen einzustellen und nannte diese eine "Provokation, die nicht mehr toleriert" werde. Wenige Stunden später erfolgten die Raketenstarts.

Seit Ende September hat Nordkorea ungewöhnlich oft Raketentests durchgeführt, zuletzt am vergangenen Freitag. Damit sollte laut der Regierung in Pjöngjang auch der Beschuss von Flugplätzen in Südkorea mit taktischen Nuklearwaffen simuliert werden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/636236ea48fbef01db0d3fa1.jpg>

Menschen verfolgen am 2. November an einem Bahnhof in Seoul eine Nachrichtensendung über den nordkoreanischen Raketentest

nachmittags:

12:24 de.rt.com: **LVR-Behörden: Zahlreiche Zerstörungen im Donbass sind auf westliche Waffen zurückzuführen**

Nach Angaben des Außenministeriums der Volksrepublik Lugansk sind mehrere Städte im Donbass durch den Einsatz von Waffen, die der Ukraine vom Westen zur Verfügung gestellt wurden, fast vollständig zerstört worden.

Die Behörde fügte hinzu, dass 25 Wohngebäude in der Republik, ein Kindergarten in Starobelsk, das Bahnhofsgebäude in Belokurakino, ein Hotelgebäude in Altschewsk, Werkstätten des College in Perwomaïsk, ein Postamt in Solote-2, das Gebäude des Nowoaidarsker Finanzamtes und mehrere andere Einrichtungen teilweise zerstört wurden. Darüber hinaus gab es Opfer unter der Zivilbevölkerung aufgrund des Beschusses mit westlichen Waffen durch ukrainische Streitkräfte.

12:38 de.rt.com: **Russland spendet 25.000 Tonnen Weizen an den Libanon**

Russland wird den Libanon mit 25.000 Tonnen Weizen und 10.000 Tonnen Brennstoff für die Kraftwerke des Landes beliefern. Im Libanon herrscht derzeit eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise. Zudem ist das Land politisch gelähmt.

Der libanesischer Minister für öffentliche Arbeiten und Verkehr, Ali Hamieh, erklärte

gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti, dass der Libanon 25.000 Tonnen Weizen und 10.000 Tonnen Brennstoff kostenlos von der Russischen Föderation erhalten werde.

"Russland wird den Libanon mit 25.000 Tonnen Weizen und 10.000 Tonnen Brennstoff für die Kraftwerke des Landes beliefern", sagte der Minister.

Hamieh stellte später auf [Twitter](#) klar, dass der russische Botschafter im Libanon ihn über die Anweisungen des russischen Präsidenten bezüglich der Hilfslieferungen an den libanesischen Staat informiert habe.

Seit dem Zustandekommen des Getreide-Deals mit der Ukraine hat Präsident Putin mehrfach kritisiert, dass die meisten Getreidelieferungen nicht an arme Länder gegangen seien. Der Westen habe die armen Länder mit dem Deal hinsichtlich des ukrainischen Getreides hintergangen. Die Entwicklungsländer erhielten das Minimum des exportierten Getreides – nämlich nur drei bis fünf Prozent. Russland setzte kürzlich seine Zustimmung zu den Getreideexporten aus der Ukraine auf unbestimmte Zeit aus.

Der Libanon befindet sich seit über drei Jahren in einer tiefgreifenden finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Krise. Das Bankensystem ist fast vollständig lahmgelegt, die Landeswährung hat gegenüber dem Dollar mehr als das Zwanzigfache an Wert verloren. Politisch befindet sich das Land aktuell ebenfalls in einer Situation der Lähmung. Der libanesischen Präsident Michel Aoun räumte am Wochenende den Präsidentenpalast – einen Tag, bevor seine Amtszeit am Montag offiziell endete. Zuvor hatte er laut Medienberichten ein Dekret unterzeichnet, das die geschäftsführende Regierung von Ministerpräsident Nadschib Mikati für "zurückgetreten" erklärte. Damit droht im Libanon ein vollkommenes Vakuum in der Exekutive.

12:43 de.rt.com: **Italien friert jüngstes Militärhilfepaket für die Ukraine ein**

Obwohl Italien weiterhin an der militärischen Hilfe für die Ukraine festhält, wird nun das sechste Paket an Waffenlieferungen eingefroren. Die von Kiew geforderten Systeme sind selbst in Italien knapp, die Lieferungen im Rahmen bisheriger Pakete noch nicht abgeschlossen.

Italien hat die Zustellung des sechsten Militärhilfepakets an die Ukraine eingefroren. Die Zeitung Il Messaggero zitierte diesbezüglich am Dienstag eine Regierungsquelle wie folgt: "Gegenwärtig wird eine neue Verordnung über Waffenlieferungen an die Ukraine nicht in Betracht gezogen."

Wie Quellen der Zeitung erklärten, hält Rom grundsätzlich weiterhin an einer militärischen Unterstützung der Ukraine fest. Allerdings müssen Anfragen aus Kiew "detailliert geprüft" und mit der NATO abgestimmt werden, um das zu liefernde Militärgerät festzulegen: "Nur dann werden wir verstehen, was Kiew benötigt und welche Waffen wir liefern können."

Nach Angaben der Zeitung werden Waffenlieferungen an Kiew zum Schlüsselthema des kommenden Besuchs des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg in Italien. Stoltenberg wird in den nächsten Tagen in Rom erwartet und soll sich dort mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und dem Verteidigungsminister Giulio Crosetto treffen. Eventuelle Waffenlieferungen an die Ukraine könnten allerdings von drei Problemen erschwert werden, erklärte Il Messaggero.

So hätte in der vergangenen Woche der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba seinen italienischen Amtskollegen Antonio Tajani um Lieferungen von Luftabwehrsystemen vom Typ [SAMP-T](#) gebeten. Daraufhin habe Italiens Verteidigungsministerium erklärt, dass sein Land nur über wenige Systeme dieser Art verfüge und im Falle ihrer Lieferung an die Ukraine der eigene Luftschutz geschwächt worden wäre.

Außerdem seien Waffenlieferungen im Rahmen des vierten und fünften italienischen Militärhilfepakets noch nicht beendet worden, so der Bericht weiter. Das dritte Hindernis bestehe laut Il Messaggero darin, dass nach den italienischen Parlamentswahlen das für Waffenlieferungen zuständige Komitee noch nicht neu besetzt worden sei.

Der konkrete Inhalt dieser Pakete bleibt geheim. Wie die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Verweis auf italienische Medien allerdings berichtet, handele es sich dabei um Panzerfahrzeuge und Artillerie, darunter zwischen 20 und 30 Panzerhaubitzen vom Typ [M109](#).

Russland kritisiert wiederholt die westlichen Waffenlieferungen an Kiew. Russische Regierungsvertreter erklärten, dass die Lieferungen den Konflikt nur in die Länge ziehen würden und dass entsprechende Transporte ein legitimes Ziel für russische Streitkräfte darstellten.



https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/4/4a/M190_houwitser.png/450px-M190_houwitser.png

Panzerhaubitze M109 der niederländischen Streitkräfte (wikimedia.org)

12:56 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsminister: NATO geht an russischen Grenzen zu kollektiver Verteidigung über**

Die NATO baut nahe der russischen Grenzen ein umfassendes System der kollektiven Verteidigung auf. Das teilte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu auf einer Sitzung eines gemeinsamen Gremiums der russischen und weißrussischen Verteidigungsministerien mit.

Das Bündnis beabsichtige, von der "Abschreckung Russlands durch eine vorgeschobene Präsenz" zum Aufbau eines vollwertigen kollektiven Verteidigungssystems an der Ostflanke nahe der russischen Grenzen überzugehen, so der Minister.

Schoigu erinnerte daran, dass die NATO Ende Juni ein neues strategisches Konzept des Blocks verabschiedet hat, in dem Moskau als Hauptquelle für Sicherheitsbedrohungen genannt wird.

Weiter hob der Minister hervor, dass die Allianz bewaffnete Verbände von Ländern aus anderen Regionen in Ost- und Mitteleuropa sowie im Baltikum eingesetzt habe. Darüber hinaus würden in Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei neue multinationale taktische Bataillone aufgestellt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636245fe48fbef01db0d3fb7.jpg>

NATO-Soldaten während gemeinsamer Militärübungen auf dem Truppenübungsplatz in Nowa Deba, Polen

13:38 de.rt.com: **DVR-Einwohner erhalten vom Staat 57 Millionen Rubel für verlorene und beschädigte Wohnungen**

Bisher wurden mehr als 57 Millionen Rubel (ungefähr 926.000 Euro) den Einwohnern der Volksrepublik Donezk für Wohnungen und Eigentum gezahlt, die während der militärischen Sonderoperation verloren gingen oder beschädigt wurden. Das teilte der Regierungschef der Donezker Volksrepublik Witali Chozenko auf Telegram mit.

"Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik der DVR haben bisher 241 Personen Zahlungen erhalten. Dabei handelt es sich um Einwohner von Gorlowka, Makejewka, Donezk, Jenakijewo, Schachtjorsk, Sneschnoje, Mariupol und Wolnowacha." Chozenko gab an, dass insgesamt 17.841 Bürger eine Entschädigung beantragt haben. Die Kommissionen zur Bewertung der Schäden seien weiterhin im Einsatz und die Telefonhotlines seien in Betrieb.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63621c4bb480cc41876514c5.jpg>

Ein zerstörtes Gebäude in Mariupol in der Volksrepublik Donezk, Russland

13:41 de.rt.com: **Selenskij: Krieg wird erst zu Ende sein, wenn Russland Donbass und Krim zurückgibt**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat in einem Interview mit dem tschechischen Fernsehen dazu aufgerufen, keine Angst vor einer nuklearen Bedrohung durch Russland zu haben. Er erklärte:

"Da eine solche Bedrohung besteht, möchte ich sie überhaupt nicht bewerten. Aber ich glaube nicht, dass wir uns davor fürchten sollten."

Generell sei er nicht sicher, dass Moskau den Einsatz von Atomwaffen anstrebe. Er hielt sich

diesbezüglich aber mit Einschätzungen zurück.

In Bezug auf einen möglichen Kriegsausgang verkündete er, dass der Krieg erst vorbei sei, wenn die Russische Föderation den Donbass und die Krim zurückgegeben habe.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63626016b480cc430d559294.jpg>

Wladimir Selenskij

13:45 de.rt.com: **Will Iran Ziele in Saudi-Arabien angreifen? Riad und Washington in Alarmbereitschaft**

Iran soll sich nach Informationen des Wall Street Journal auf einen Angriff gegen Ziele in Saudi-Arabien vorbereiten. Die USA seien bereit zu reagieren, falls Iran einen Angriff beginne. Teheran hat vor Kurzem Saudi-Arabien vorgeworfen, hinter den jüngsten Unruhen sowie dem IS-Anschlag in Iran zu stecken.

Als Reaktion auf Informationen des Geheimdienstes von Saudi-Arabien an die USA haben die Regierungen in Riad und Washington ihre Streitkräfte in der Region in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Das berichtete das [Wall Street Journal](#) (WSJ) am Dienstagabend. Um von den "Protesten im eigenen Land abzulenken", plane Iran einen Angriff auf Ziele in Saudi-Arabien, behauptete das WSJ unter Berufung auf den saudischen Geheimdienst. Die iranischen Behörden hatten kürzlich Saudi-Arabien sowie die USA und Israel öffentlich beschuldigt, die jüngsten Unruhen in ihrem Land angezettelt zu haben.

Der Kommandant der iranischen Revolutionsgarden, Hussein Salami, rief Saudi-Arabien Ende Oktober öffentlich dazu auf, die Unruhestiftung in Iran durch persischsprachige Satellitensender zu stoppen – darunter Iran International, einen von Saudi-Arabien geförderten Satellitenfernsehsender mit Sitz in London. Die Hauptquelle der westlichen Medien bei ihrer Nachrichtenbeschaffung über die jüngsten Proteste in Iran sei der Satellitensender Iran International gewesen, der direkt von Mohammed bin Salman gefördert wird. Der saudische Sender zielt darauf ab, Aktivitäten von Separatisten in Iran zu propagieren und das Konzept Iran als kollektive Identität zu hinterfragen.

Der Nationale Sicherheitsrat des Weißen Hauses teilte am Dienstag mit, er sei besorgt über die Warnungen und bereit zu reagieren, falls Iran einen Angriff beginne. "Wir sind besorgt über die Bedrohungslage und bleiben über militärische und nachrichtendienstliche Kanäle in ständigem Kontakt mit den Saudis", sagte ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA. "Wir werden nicht zögern, zur Verteidigung unserer Interessen und Partner in der Region zu handeln."

Ein saudischer Beamter erklärte gegenüber CNN, dass Saudi-Arabien Informationen über einen möglichen Angriff mit den USA geteilt habe. Er nannte diesbezüglich aber keine Einzelheiten. Die USA und Saudi-Arabien befürchten, dass Iran einen Angriff auf die

Energieinfrastruktur im Nahen Osten plant.

Ein weiterer US-Beamter teilte mit, dass die bereits in Saudi-Arabien stationierten US-Kampffjets vom Typ F-22 für die Abwehr jeglicher Bedrohung in Einsatzbereitschaft versetzt worden seien.

Der Sprecher des US-Sicherheitsrates betonte in diesem Zusammenhang aber auch, dass die Maßnahmen zum Schutz des US-Militärs in der Region nicht erhöht worden seien, da man nicht davon ausgehe, dass das US-Militär ein Ziel sei.

Iran hat den Nordirak seit Ende September mehrfach mit ballistischen Raketen und Kampfdrohnen angegriffen. In der nordirakischen Stadt Erbil sind auch US-Truppen stationiert. Teheran zielte mit diesen Luftschlägen auf kurdische Separatistengruppen, die im Nordirak aktiv sind, und beschuldigte sie, die jüngsten Unruhen in Iran angezettelt zu haben.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63622bf948fbef7f3c16f56c.jpg>

Militärübung der iranischen Revolutionsgarde in der nordwestlichen Region Aras an der Grenze zu Armenien und Aserbaidschan, 28. Oktober 2022

13:54 de.rt.com: **Tagesbilanz des russischen Verteidigungsministeriums zum Frontverlauf**

Laut dem russischen Verteidigungsministerium, haben die russischen Truppen am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog Versuche der ukrainischen Streitkräfte verhindert, in Richtung Ischtschenka, Bruskinskoje, Suchanowo und Pjatschatki durchzubrechen. Die ukrainischen Truppen seien auf ihre ursprünglichen Positionen zurückgedrängt worden. Dabei verloren sie 105 Militärangehörige, zwei Panzer, neun gepanzerte Kampffahrzeuge, sieben Pkw sowie eine Radarleit- und Zielstation des Boden-Luft-Raketensystems S-300.

Am Frontabschnitt bei Kupjansk versuchte die ukrainische Armee mit zwei Bataillonen, die durch ausländische Söldner verstärkt wurden, in Richtung der Siedlungen Jagodnoje, Nikolajewka, Orljanka im Gebiet Charkow und Kusjomowka in der Volksrepublik Lugansk vorzudringen. Die ukrainischen Verluste beliefen sich auf bis zu 150 ukrainische Militärangehörige und Söldner, sechs Panzer, fünf Schützenpanzer, zehn Pkw.

Am Frontabschnitt bei Krasny Liman gab es ebenfalls einen Durchbruchversuch der ukrainischen Truppen. Sie versuchten, mit einer Offensive in Richtung Makejewka, Ploschtschanka und Tscherwonopopowka in der Volksrepublik Lugansk vorzustoßen und verloren dabei etwa 250 Militärangehörige, zwei Panzer, zwei Schützenpanzer, fünf Pickups und zwei Pkw.

Außerdem schoss die russische Luftwaffe eine ukrainische MiG-29 am Himmel über dem Gebiet Charkow in der Nähe der Siedlung Paseka ab.

14:17 de.rt.com: **AKW Saporoschje startet Übergang in die Zuständigkeit von Rosenergoatom**

Laut dem Leiter der Stadtverwaltung der Stadt Energodar Alexandr Wolga hat die Integration des Kernkraftwerks Saporoschje und seines Personals in den Zuständigkeitsbereich des russischen Konzerns Rosenergoatom begonnen. Dabei werden Lohn- und Sozialprojekte für

das Personal der Einrichtung und die Einwohner von Energodar eingeführt.

Er wies darauf hin, dass die russischen Atomenergiebehörden den Einwohnern von Energodar und dem Personal des Kernkraftwerks Saporoschje Hilfe leisten. Wolga fügte hinzu, dass mit der Unterstützung des russischen Konzerns Rosatom Projekte in den Bereichen Soziales, Bildung und Infrastruktur durchgeführt würden.

Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete am 5. Oktober ein Dekret, mit dem das Eigentum am Kernkraftwerk Saporoschje auf Russland übertragen wurde, und wies die russische Regierung an, für die Gründung des Föderalen staatlichen Unitarunternehmens Saporoschje zu sorgen, um die Sicherheit der Nutzung der Kernkraftanlagen des KKW zu gewährleisten.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636237b9b480cc430d559256.jpg>

AKW Saporoschje

14:45 de.rt.com: **Ukrainisches Energieministerium richtet internationalen Energierat ein**

Das ukrainische Energieministerium hat einen internationalen Energiebeirat eingerichtet, der sich aus Fachministerien mehrerer Länder zusammensetzt, um die Maßnahmen der ukrainischen Behörden im Energiesektor zu unterstützen und zeitnah zu koordinieren. Das teilte die Behörde mit.

Die erste Sitzung des Gremiums fand am 1. November in Kiew unter dem gemeinsamen Vorsitz des ukrainischen Energieministers German Galuschtschenko und der EU-Kommissarin für Energie Kadri Simson statt.

15:21 de.rt.com: **Russlands Botschafter in Argentinien hofft auf tiefere Kooperation zwischen Moskau und Buenos Aires**

Wegen der Spannungen mit dem Westen versucht Moskau vermehrt, sein Verhältnis mit anderen Staaten, darunter in Südamerika, auszubauen. Ein wichtiger Partner Russlands auf dem Kontinent ist Argentinien. Der russische Botschafter in Buenos Aires plädiert für mehr Kontakte.

Der russische Botschafter in Argentinien, Dmitri Feoktistow, hat der Tageszeitung El Cronista ein Interview gewährt, in dem er die internationale Situation und die bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Buenos Aires kommentierte. Ins Gespräch kam auch der Ukraine-Krieg. Der Diplomat verteidigte die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine. Dies sei eine "notwendige Maßnahme", um die Bewohner des Donbass zu verteidigen, da die Regierung in Kiew regelrecht eine "Aggression gegen ihre eigene russischsprachige Bevölkerung" geführt habe. Feoktistow präzisierte dabei:

"Diese Repressalien entwickelten sich zu einem wahren Genozid."

Der Diplomat warf der Ukraine vor, nach keiner friedlichen Lösung des Konflikts suchen zu wollen. Der Kreml sei dagegen nach wie vor für einen Dialog offen.

In diesem Kontext bedankte sich Feoktistow bei der Regierung in Buenos Aires für ihre Entscheidung, sich keinen Sanktionen gegen Russland anzuschließen, die die USA und ihre Verbündeten verhängt hatten. Russland verfolge aufmerksam die Position Argentiniens in Bezug auf die aktuelle Situation:

"Natürlich würde uns gefallen, wenn Argentinien unter Berücksichtigung der strategischen umfassenden Verbindungen mit Russland den Versuchen der westlichen Länder, unser Land zu isolieren und zu schwächen, energischer entgegenzutreten würde. Wir verstehen, dass Buenos Aires unter einen starken politischen antirussischen Druck gesetzt wird."

Der Botschafter brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die langjährigen "herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen" zwischen den beiden Ländern eine solide Grundlage für eine tiefere erfolgreiche Kooperation sein würden. Jetzt sei vielen Menschen klar, dass sich der Westen in einer existenziellen Krise befinde.

"Vor unseren Augen entsteht eine neue Weltordnung, die auf der souveränen Gleichheit aller Länder ohne Ausnahme basiert und die die alten Bestrebungen des Neokolonialismus und des Diktats ablehnt."

Abschließend lobte Feoktistow das Niveau der bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Buenos Aires, das eine Entwicklung der Zusammenwirkung in allen Bereichen erreicht habe.

"Wenn jemand glaubt, dass es nicht der beste Moment sei, um die Kooperation zu intensivieren, so sind wir damit nicht einverstanden. Die 'einfachen Zeiten' sind vorbei. Wir sind unsererseits bereit, die umfassende Kooperation mit Argentinien zu erweitern."

Allerdings ist einer der wichtigsten Handelspartner von Argentinien die Europäische Union. Die EU der zweitwichtigste Importeur von argentinischen Waren und der dritt wichtigste Exporteur in das südamerikanische Land. Die meisten ausländischen Direktinvestitionen in Argentinien stammen aus der EU. Angesichts der hohen Preise für Energie und Lebensmittel in Europa wollen die EU und Argentinien die Lieferketten stärken.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63626f4eb480cc398e03fe8b.jpg>

15:23 de.rt.com: **Gebiet Saporoschje: 47 Gesundheitseinrichtungen werden verstaatlicht**

Die Gebietsverwaltung von Saporoschje hat beschlossen, Gesundheitseinrichtungen zu verstaatlichen, um sie weiter zu inventarisieren und in das Eigentum des Gebietes zu überführen. Das verkündete der stellvertretende Minister für Eigentum und Grundbesitzfragen des Gebietes, Ignat Jaremtschuk.

Dafür sei eine Inventarisierungskommission gegründet worden. Im Rahmen der Kommissionsarbeit werde der Zustand jeder der Immobilien ermittelt, um sie bewerten und in die entsprechende Bilanz aufnehmen zu können.

Nach Angaben des stellvertretenden Ministers muss die Verwaltung die Registrierung vorrangiger Objekte wie Feuerwachen, Krankenhäuser, Polizeidienststellen und anderer Objekte von sozialer Bedeutung innerhalb von zwei Monaten abschließen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63625d2bb480cc398e03fe68.jpg>
 Krankenwagen auf dem Gelände des Städtischen Krankenhauses Nr. 1 in Melitopol des Gebietes Saporoschje, Russland

15:29 de.rt.com: **Cherson-Beamter: Ukrainische Durchbruchversuche im Gebiet Cherson abgewehrt**

Ukrainische Truppen haben erneut mehrere erfolglose Versuche unternommen, die russische Verteidigung im Gebiet Cherson zu durchbrechen. Das verkündete der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung Cherson, Kirill Stremoussow, auf seinem Telegram-Kanal. Er betonte: "Es hat schon Tradition, dass die Nazis und Söldner geschlagen wurden und sie sich auf ihre Positionen zurückziehen mussten."

Die Lage an der Front sei unverändert, stellte der Beamte klar.

15:57 de.rt.com: **Ankara: Setzen uns für eine gerechte Lösung des Konflikts in der Ukraine ein**

Die Türkei wird sich weiterhin für eine faire und nachhaltige Lösung des Konflikts in der Ukraine einsetzen. Dies verkündete der Pressesprecher des türkischen Präsidenten, İbrahim Kalın, am Mittwoch und kommentierte damit die Entscheidung Russlands, seine Beteiligung am Getreidehandel wieder aufzunehmen.

Die Wiederaufnahme der Getreidelieferungen aus Russland und der Ukraine sei "ein weiterer Erfolg der konstruktiven und vielschichtigen Diplomatie der Türkei", so Kalın weiter.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636276e7b480cc127354e787.jpg>
 İbrahim Kalın

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 2.11.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen.

6000 Menschen wandten sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 14 Hektar Gelände untersucht und 540 explosive Objekte entdeckt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke setzten die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Mariupol und Wolnowacha fort.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

16:24 de.rt.com: **Außenministerium: Kriegsszenario der USA gegen Nordkorea in der Endphase**

Nordkorea verurteilte die USA und Südkorea, nachdem die Verbündeten die groß angelegte gemeinsame Militärübung "Vigilant Storm" gestartet hatten. Das nordkoreanische Außenministerium betonte, die Luftübungen seien eine Vorbereitung für einen Schlag gegen das Land.

Dem nordkoreanischen Außenministerium zufolge sei die koreanische Halbinsel aufgrund der häufigen Militärübungen der USA und Südkoreas zu einem Hotspot geworden. Die lokalen Medien [berichten](#) mit Hinweis auf das Außenministerium in Pjöngjang, dass die intensiven Militärübungen der USA und Südkoreas auf der Halbinsel auf eine ernste Phase der Konfrontation in der Region hindeuteten. In einer Erklärung des Ministeriums hieß es: "Die koreanische Halbinsel wurde in einen Krisenherd verwandelt, in dem die militärischen Spannungen weltweit am höchsten sind und die Sicherheitslage in der Region noch ernster geworden ist."

Damit verweist die Behörde auf die Manöverübung "Hoguk" auf südkoreanischem Gebiet im Oktober 2022 und die gestern begonnene Luftübung "Vigilant Storm". Pjöngjang betrachtet letztere als besonders "aggressiv" und geht davon aus, dass die Truppen den "Angriff auf strategische Ziele der DVRK in einem Krieg auf der koreanischen Halbinsel" üben.

Nordkorea erwähnte in seiner Erklärung auch die Übung vom April und die gemeinsame Marineübung im August. Die diesjährigen Manöver in der Region bestätigten nach Ansicht von Nordkorea, dass "das Kriegsszenario der USA gegen die DVRK in Endphase eingetreten ist." In diesem Zusammenhang warnte Pjöngjang Washington:

"Die USA sind das einzige Land der Welt, das mit seinem Atomprogramm in erster Linie den Sturz von Regimen bezweckt. Sie sollen bereit sein, im Falle eines Versuchs, Gewalt gegen

die DVRK zu üben, den gleichen Preis zu zahlen."

Ferner unterstrich das nordkoreanische Außenamt, dass das Land bereit sei, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um "die Souveränität, die Sicherheit der Bevölkerung und die territoriale Integrität gegen äußere militärische Bedrohungen zu verteidigen".

Die Übung "Vigilant Storm" hat am 31. Oktober begonnen und wird bis zum 4. November dauern. Sie ist die erste groß angelegte Luftübung zwischen den beiden Ländern seit fast fünf Jahren. Mehr als 240 Flugzeuge sind beteiligt, darunter auch moderne US-Tarnkappenjets F-35A. Das Manöver findet vor dem Hintergrund der Raketenstarts durch Nordkorea und der Besorgnis statt, dass das Land einen Atomtest durchführen könnte.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6361236348fbef7da17db318.jpg>

16:35 de.rt.com: **Krim verstaatlicht Eigentum ukrainischer Oligarchen**

Das Krim-Parlament hat beschlossen, das Eigentum ukrainischer Oligarchen, die mit den Kiewer Behörden in Verbindung stehen, zu verstaatlichen. Das teilte der Vorsitzende des Krim-Parlaments, Wladimir Konstantinow, mit.

Mehr als 130 Objekte seien in das Eigentum der Republik Krim überführt worden, schrieb Konstantinow auf seinem Telegram-Kanal. Er bezeichnete den Schritt als einen Akt der Gerechtigkeit.

Außerdem seien Änderungen an der parlamentarischen EntschlieÙung "Über die Fragen der Verwaltung des Eigentums der Republik Krim" vorgenommen worden. Diese Änderungen ergänzen die Liste der zu verstaatlichenden Vermögenswerte ausländischer Staatsangehöriger und Staaten, die feindliche Handlungen gegen Russland begehen.

16:42 de.rt.com: **Russische Gaslieferungen verlagern sich vom Westen weg**

Laut Gazprom sind die Lieferungen an Länder außerhalb der GUS, wie etwa in die EU, um mehr als 40 Prozent zurückgegangen. Derweil nehmen die Exporte nach China zu. Zugleich streben auch Moskau und Neu-Delhi den Ausbau ihrer Zusammenarbeit im Energiebereich an.

Die Erdgaslieferungen des russischen Energieriesen Gazprom in Länder außerhalb der ehemaligen Sowjetunion, unter denen den Großteil die EU-Mitgliedstaaten ausmachen, sind von Januar bis Oktober 2022 um 42,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Dies teilte das russische Unternehmen am Dienstag mit.

Dem Bericht zufolge beliefen sich die Exporte von Gazprom an seine wichtigsten ausländischen Kunden außerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) auf 91,2 Milliarden Kubikmeter Gas, was 67,6 Milliarden Kubikmeter weniger sind als in den ersten zehn Monaten des Jahres 2021.

Der Gasriese schrieb in einem Beitrag auf dem Kurznachrichtendienst Telegram, dass man Gas "gemäß den vereinbarten Anträgen" liefere. Im vergangenen Jahr hatte das Unternehmen die Gasexporte in Nicht-GUS-Länder um 5,8 Milliarden Kubikmeter auf 185,1 Milliarden Kubikmeter erhöht.

Unterdessen sind die Exporte nach China über die Gaspipeline "Kraft Sibiriens" (Power of Siberia) im Rahmen des langfristigen bilateralen Vertrags des russischen Unternehmens weiter gestiegen. Nach Angaben von Gazprom übersteigen die Lieferungen über die Mega-Gaspipeline regelmäßig die täglichen vertraglichen Verpflichtungen.

Gazprom hatte 2019 damit begonnen, Gas über die 3.000 Kilometer lange Pipeline von Jakutien nach China zu pumpen. Die Kapazität von "Kraft Sibiriens", die auch als Ostroute bekannt ist, beträgt 61 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr, davon 38 Milliarden Kubikmeter für den Export. Moskau und Peking planen derzeit eine weitere große Gasroute durch die Mongolei namens "Sojus Wostok". Gazprom ist dabei, die Bauarbeiten für dieses Projekt abzuschließen.

Auch ein anderes asiatisches Land strebt an, seine Zusammenarbeit mit Russland im Energiebereich weiter auszubauen – Indien. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte jüngst erklärt, dass Gespräche zwischen russischen und indischen Unternehmen im Gange seien. Man prüfe Optionen für eine Beteiligung Neu-Delhis an gemeinsamen Projekten. So plant demnach das indische Erdgas- und Mineralölunternehmen "Oil and Natural Gas Corporation" (ONGC) seine Beteiligung von 20 Prozent an dem neuen russischen Unternehmen, das das Energieprojekt Sachalin-1 im Fernen Osten des Landes verwalten wird, [beizubehalten](#). Zugleich erwägt der Konzern laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters eine Ausweitung seines Anteils, nachdem der US-Energiekonzern ExxonMobil aus dem Öl-Projekt ausgestiegen ist.

Putin hatte Anfang Oktober ein Dekret unterzeichnet, mit dem ein neuer Betreiber für das Projekt eingesetzt wird, der die Rechte und Pflichten von Sachalin-1 übernimmt. Der Erlass hindert Investoren aus "unfreundlichen Staaten" daran, ihre Anteile an bestimmten strategischen Unternehmen zu verkaufen, zu denen auch die Sachalin-Projekte gehören.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6362259eb480cc430d55923c.jpg>

Techniker inspizieren am 1. November 2022 die China-Russland-Erdgaspipeline auf der Ostroute in einer Gasverteilerstation in Qinhuangdao, in der nordchinesischen Provinz Hebei

17:08 de.rt.com: **Ukrainische Truppen feuern 18 HIMARS-Raketen auf Cherson**

Die ukrainischen Streitkräfte haben am Mittwoch einen HIMARS-Raketenangriff auf Cherson durchgeführt. Zwölf Raketen wurden dabei von der Luftabwehr abgefangen, während sechs Raketen in der Nähe der Antonow-Brücke über den Dnepr einschlugen. Das teilte ein Vertreter der örtlichen Rettungsdienste mit. Informationen bezüglich der Opfer und Schäden würden derzeit geklärt, hieß es.

17:19 de.rt.com: **Ohne Visum nach Russland – Putin will Einreise für Ausländer erleichtern**

Russland plant, Ausländern künftig eine visumfreie Einreise zu ermöglichen, unabhängig

davon, ob russische Bürger für die jeweiligen Länder ein Visum benötigen. Wladimir Putin hat die Regierung beauftragt, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

Die russische Regierung soll neue Einreiseregeln für Ausländer ausarbeiten, die es ihnen ermöglichen sollen, visumfrei nach Russland zu reisen, selbst wenn ihre Herkunftsländer ein Visum von russischen Bürgern verlangen.

Russlands Präsident Wladimir Putin schlug am Dienstag vor, solche Regeln für Ausländer, die zu Tourismus-, Geschäfts- und Bildungszwecken sowie für die Teilnahme an Sport- und Kulturveranstaltungen nach Russland reisen, einzuführen. Die Regierung, das Außenministerium, das Innenministerium und der Inlandsgeheimdienst FSB müssen bis zum 1. Juni 2023 einen entsprechenden Bericht einreichen. Alle Maßnahmen sollten "ungeachtet des Grundsatzes der Gegenseitigkeit" eingeführt werden, heißt es in einem vom Kreml veröffentlichten Dokument.

Putin wies zudem an, elektronische Visa für Bürger sogenannter befreundeter Länder wieder aufzunehmen und die Gültigkeit von Touristenvisa für die mehrfache Einreise zu verlängern. Darüber hinaus ordnete er an, die Anzahl der Flüge in diese Länder zu erhöhen.

Im Gegensatz zur EU, die in den letzten Monaten die Visabeschränkungen für russische Bürger verschärft hat, will Russland damit einen anderen Weg gehen. Putin hatte wiederholt betont, dass Politik nicht den Tourismus beeinflussen sollte, und hob die bedeutende Rolle des internationalen Tourismus beim Aufbau von Partnerschaften und gegenseitigem Verständnis zwischen Ländern und Völkern hervor.

Währenddessen schlossen einige EU-Mitglieder ihre Grenzen für Russen. Die Regierungen der baltischen Staaten erklärten, sie würden auch keine humanitären Visa an russische Staatsangehörige ausstellen. Laut EU-Innenkommissarin Ylva Johansson sollten die EU-Staaten mögliche Sicherheitsrisiken bei der Visa-Vergabe an Russen noch gründlicher prüfen als bisher.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63622e6bb480cc6a3c79d2aa.jpg>

17:33 de.rt.com: **Russlands Außenministerium gibt Erklärung zur Verhinderung eines Atomkriegs ab**

Moskau hat die Atomwaffenstaaten aufgefordert, die globale strategische Stabilität zu gewährleisten und Provokationen mit Massenvernichtungswaffen zu unterlassen. Das geht aus einer Erklärung des russischen Außenministeriums hervor.

Die Behörde erinnerte daran, dass sich Russland im Bereich der nuklearen Abschreckung von dem Postulat der Unzulässigkeit eines Atomkriegs leiten lasse, denn in einem solchen Krieg könne es keine Gewinner geben. Außerdem betonte das Ministerium, die Leitlinien der russischen Atomdoktrin seien ausschließlich defensiv ausgerichtet und ließen keine expansive Auslegung zu.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636282c748fbef0224749144.jpg>

17:54 de.rt.com: **Bundesregierung gibt jährliche CO₂-Grenzwerte auf**

Die Bundesregierung plant noch vor der Weltklimakonferenz am Sonntag eine Reform des deutschen Klimaschutzgesetzes. Künftig soll es keine Vorgaben jährlicher CO₂-Grenzwerte für einzelne Wirtschaftsbereiche mehr geben. Der Expertenrat für Klimafragen stellte ein Scheitern bei bisherigen Regelungen fest.

Am kommenden Sonntag beginnt die Weltklimakonferenz in Scharm El-Scheich in Ägypten. Wenige Tage vorher, legt die Bundesregierung Vorschläge zur Reformierung des deutschen Klimaschutzgesetzes (KGS) vor, die die bisherigen Regeln aufweichen würden. Darüber [berichtete](#) heute die *Welt*. Am heutigen Mittwoch sollen die Reformvorschläge im Rahmen des Programms "Eckpunkte für ein Klimaschutz-Sofortprogramm" vom Bundeskabinett beschlossen werden.

Der Reformvorschlag sieht vor, dass die pro Jahr festgelegten CO₂-Höchstgrenzen wegfallen würden. Bislang gehörten die präzisen Grenzwerte zum Wesenskern des Klimaschutzgesetzes. Nach den neuen Vorschlägen bräuchten Unternehmen im Bereich Landwirtschaft, Industrie und Verkehr, die die Jahresvorgaben nicht geschafft hätten, nun keine kurzfristigen Markteingriffe seitens der Politik mehr zu befürchten. Weiterhin gilt aktuell nur noch die pauschale Einsparungsvorgabe von 65 Prozent bis zum Jahr 2030.

Konkret heißt das, dass zum Beispiel die Industrie im kommenden Jahr ihren CO₂-Ausstoß nicht mehr von 177 Millionen Tonnen (Vorgabe 2022) auf 172 Millionen Tonnen senken muss. Bislang galt, dass ein Sektor, der erlaubte Grenzwerte überschritten hat, durch schnell wirkende "Sofortprogramme" vom zuständigen Ministerium auf Kurs gebracht werden sollte. Zukünftig soll statt einer vorgeschriebenen CO₂-Jahreshöchstmenge ein mehrjähriges CO₂-Budget vorgegeben werden. Dementsprechend heißt es im Eckpunkteprogramm:

"Beginnend ab 2022 werden künftig alle vier Jahre – jeweils im ersten Jahr einer Legislaturperiode – Klimaschutzprogramme erstellt, in der die geplanten Maßnahmen in den jeweiligen Sektoren für die jeweilige Legislaturperiode dargestellt werden."

Schließlich ist auch eine "sektorübergreifende und mehrjährige Gesamtrechnung" vorgesehen. Einzelne Sektoren werden für die Überschreitung von CO₂-Mengen nicht mehr sofort sanktioniert, wenn die Reduzierung bis zum Jahr 2030 absehbar erreichbar scheint.

Die Reformvorschläge resultierten aus einer Evaluierung der bisherigen Grenzwert-Regelung durch den deutschen Expertenrat für Klimafragen. Dieser stellte im August fest, dass "ein steigendes Risiko der Zielverfehlung" bestünde. So würde etwa das Sofortprogramm für den Gebäudesektor die Zielvorgaben nicht sicherstellen und im Bereich Verkehr drohe sogar eine deutliche Verfehlung der Sektorziele für das Jahr 2030.

Laut Eckpunkte-Reformprogramm soll die Regierung deshalb für den Bereich Verkehr bereits im kommenden Frühjahr neue Maßnahmen beschließen.

Laut *Welt* gibt die Bundesregierung mit der Aufgabe der CO₂-Jahreshöchstgrenzen den Misserfolg ihrer Klimapolitik zu. Nach Bewertung der Zeitung ist insgesamt unklar, warum

die Bundesregierung kurz vor Jahresende anstatt des angekündigten Sofortprogramms überhaupt noch ein "Eckpunkte-Papier" als reine Absichtserklärung veröffentlicht.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63624c6c48fbef7f6c22bba5.jpg>
Osterfeuer 21.04.2019

abends:

18:05 de.rt.com: **Putin: Die ärmsten Länder erhalten in jedem Fall Getreide – von Russland sogar "kostenlos"**

Selbst wenn Moskau aus dem Getreideabkommen aussteigen sollte, ist Russland bereit, die ärmsten Länder mit Getreide zu versorgen. Das erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, wie [RIA Nowosti](#) meldet.

"Selbst im Falle eines Ausstiegs Russlands aus diesem Abkommen werden wir – wie wir in diesem Zusammenhang bereits gesagt haben – bereit sein, die gesamte Getreidemenge, die vom ukrainischen Territorium aus geliefert wurde, an die ärmsten Länder zu liefern. Und das sind nur 4 Prozent",

sagte Putin bei einem Treffen mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates. Der russische Staatschef fügte hinzu:

"Wenn wir uns aus diesem Abkommen zurückziehen, weil die Ukraine ihre Verpflichtungen nicht einhält, werden wir die gesamte von der Ukraine gelieferte Menge kostenlos an die ärmsten Länder liefern."

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hatte zuvor erklärt, dass nach seinen Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Putin und Gesprächen zwischen den Verteidigungsministern der Türkei und Russlands eine Vereinbarung zur Wiederherstellung des "Getreidekorridors" getroffen worden sei. Auch das russische [Verteidigungsministerium](#) gab am Mittwoch bekannt, dass Russland seine Beteiligung an dem Getreideabkommen wieder aufnimmt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/636284f948fbef38b1528583.jpg>

Massengutfrachter für den Getreideexport im Schwarzen Meer, September 2022

18:30 de.rt.com: **Nord Stream beendet erste Untersuchungen vor Ort an beschädigten Pipelines**

Wie [TASS](#) meldet, hat die Nord Stream AG, Betreiber der Pipeline "Nord Stream", eine erste Datenerhebung in dem Gebiet abgeschlossen, in dem der erste Pipelinestrang in der schwedischen ausschließlichen Wirtschaftszone beschädigt wurde, so das Unternehmen.

"Mit Stand vom 2. November 2022 hat die Nord Stream AG die erste Datenerfassung in dem Gebiet abgeschlossen, in dem der erste Pipelinestrang in der ausschließlichen Wirtschaftszone Schwedens beschädigt worden ist. Eine erste Inspektion des beschädigten Gebiets zeigt technogene Krater von 3 bis 5 Metern Tiefe auf dem Meeresboden in einem Abstand von etwa 248 Metern zueinander. Das Rohrstück zwischen den Kratern ist vollständig zerstört, der Streuradius der Rohrfragmente beträgt mindestens 250 Meter", heißt es in dem Bericht. Spezialisten des Unternehmens würden die im Rahmen der Erhebung gewonnenen Daten weiter analysieren.

Zuvor hatte die Nord Stream AG mitgeteilt, dass ein vom Betreiber gechartertes Schiff eingetroffen ist, um die Pipeline bis zur vermuteten Fehlerstelle in schwedischen Gewässern zu untersuchen. Für die Untersuchung werden drei bis fünf Tage veranschlagt. Gleichzeitig wartet das Unternehmen weiterhin auf eine Entscheidung der dänischen Behörden über die Erteilung von Genehmigungen für die Vermessung des Pipelineabschnitts in der ausschließlichen Wirtschaftszone Dänemarks, um eine Schadensbewertung vornehmen zu können.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63628de348fbef01db0d404e.jpg>

Nach der Entdeckung des vierten Lecks: Luftbild der schwedischen Küstenwache vom Gasleck der Nord-Stream-Pipeline in der Ostsee, 27. September 2022